

Öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 20:46 Uhr

Teilnehmer: **Bürgermeister**
Broshog, Frank ab 19:25 Uhr

Fraktion Die Linke

Kruppa, Judith
Schulze, Doreen
Weigt, Siegbert

Fraktion CDU

Lehmann, Lutz
Porath, Dargo
Wildenhein, Udo

Fraktion SPD

Daske, Bert
Koch, Ingo

Fraktion UWG / LV B 90 / Die Grünen / BI Am Mellensee

Borkowski, Wilfried
Kosicki, Thomas
Pehnert, Dirk
Röske, Michael
Schuster, Antje
Tscherwinka, Maik

AfD

Elsner, Dieter

Freie Wähler

Hänsel, Milan

Entschuldigt: Boss, Theo Fraktion UWG / LV B 90 / Die Grünen / BI Am Mellensee

Verwaltung:	Frau Dornbusch	Teamleiterin II
	Herr Handrick	SL Ordnungsamt
	Frau Malke	Schriftführerin
	Herr Reetz	Teamleiter III
	Frau Richter	Teamleiterin I

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zur Niederschrift der 5. Sitzung
5. Bericht des Bürgermeisters

6. Einwohnerfragestunde
7. BSV 26/06/2019 - Einbringung von weiteren Wohnimmobilien in die WVaM
8. Sitzungstermine 2020
9. BSV 27/06/2019 - B-Plan Nr. 18-01 „Rehagener Bahnhofstraße“ im OT Rehagen - Abwägungsbeschluss nach öffentlicher Auslegung und Behördenbeteiligung zum 1. Entwurf
10. BSV 28/06/2019 - B-Plan Nr. 19-01 „Wohnpark am Mellensee“ im OT Mellensee - Aufstellungsbeschluss
11. BSV 29/06/2019 - B-Plan Nr. 19-02 „Küsterweg Ost“ im OT Sperenberg - Aufstellungsbeschluss
12. BSV 30/06/2019 - Erweiterung der Tempo-30-Zone im OT Kummersdorf-Gut
13. Antrag der Fraktion UWG/ LV B90/ Die Grünen/ BI Am Mellensee - Erstellung Maßnahmenplan inkl. Zeitplan zum Digitalpakt
14. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
15. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 16 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -

Frau Richter nimmt die Tagesordnungspunkte 5 und 7 von der Tagesordnung.

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 5. Sitzung

keine

Zu 5. Einwohnerfragestunde

- Herr Wieden erfragt ob es Pläne gibt, den Straßenzustand im Finkenschlag im Jahr 2020 zu verbessern.
 - Herr Reetz gibt an, dass es derzeit hierzu noch keine Pläne gibt. Ob hier Maßnahmen erfolgen, kommt auf die Haushaltsmittel an. Der Bauausschuss muss festlegen welche Maßnahmen realisiert werden können.
- Frau Wieden möchte den Stand bzgl. Fördermittelbewilligung für das Strandbad Mellensee wissen.
 - Herr Reetz erklärt, dass die Unterlagen zur LAG gegeben wurden und auch beim Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung eingereicht wurden. Herr Broshog hat diesbezüglich bereits Gespräche geführt.
- Frau Wieden erfragt den Stand bzgl. des ehemaligen Geschäftes, beim Jugendclub in Mellensee.
 - Herr Tscherwinka antwortet, dass es sich hier um privatrechtliche Verhandlungen des Käufers mit der WVM handelt.
- Frau Wieden hätte gern Informationen bzgl. eines geplanten Campingplatzes in Mellensee und zum Hortneubau.
 - Herr Reetz antwortet, dass im Flächennutzungsplan Flächen für touristische Nutzung ausgewiesen sind. Bzgl. des Hortneubaus findet eine Freihändige Vergabe statt. Es erfolgen Gespräche mit drei Bewerbern. Ende nächster Woche kann mehr dazu gesagt werden.
- Frau Wieden möchte wissen, wie viele Flächen der Gemeinde gehören.

- Herr Tscherwinka antwortet, dass diese Frage nicht spontan beantwortet werden kann. Sie möge zu den Sprechzeiten in die Verwaltung gehen.
- Herr Kosicki gibt an, dass momentan an der Aufstellung des Haushaltes gearbeitet wird. Der Fokus ist auf die Infrastruktur gelegt.
- Herr Bischert erfragt den Stand der Erarbeitung der Friedhofssatzung. Diese soll seit 2 Jahren erarbeitet sein.
 - Herr Handrik gibt an, dass ein Auftrag vergeben wurde zur Kalkulation. Termin ist ca. Mitte Januar 2020.
- Ein Einwohner aus Kummersdorf-Gut erfragt den Stand bzgl. des Radwegeneubaus.
 - Herr Tscherwinka erzählt, dass Rücksprache mit dem Verkehrsministerium gehalten wurde. Man hat sich in den Daten geirrt. Die Maßnahme wird dieses Jahr nicht mehr begonnen.
 - Herr Koch ergänzt, dass Herr Barthel (Landtagsabgeordneter) ihm diesbezüglich eine Mail geschickt hat. Herr Koch verliest diese. (siehe Anlage zur Niederschrift)

Zu 6. Sitzungstermine 2020

keine Anfragen

Zu 7. BSV 27/06/2019 - B-Plan Nr. 18-01 „Rehagener Bahnhofstraße“ im OT Rehagen - Abwägungsbeschluss nach öffentlicher Auslegung und Behördenbeteiligung zum 1. Entwurf

Herr Tscherwinka beantragt das Rederecht für die Planerin, Frau Bley.

Beschluss 58/06/2019

Die Gemeindevertretung beschließt das Rederecht für Frau Bley.

Abstimmungsverhältnis:	16	Ja-Stimmen	
	0	Nein-Stimmen	
	0	Enthaltungen	angenommen

- Herr Weigt gibt an, dass der Bauausschuss für eine Zustimmung ist.
- Herr Pehnert wirft ein, dass der Kitabereich an eine andere Stelle sollte. Dies sei hier nicht angepasst.
- Herr Wildenhein antwortet, dass sich der Bauausschuss mehrheitlich dafür ausgesprochen hat. Im Städtebaulichen Vertrag können Flächen festgemacht werden für Senioren- und Kindereinrichtungen.
- Es folgen diesbezüglich weitere Anfrage und Diskussionen.
- Herr Reetz ergänzt, dass dies Thema im nächsten Bauausschuss sein wird. Das Verankern von Flächen für eine Kita gehört nicht in einen B-Plan, sondern in den Städtebaulichen Vertrag. Im B-Plan werden die Flächen nur als Soziale Flächen gekennzeichnet. Es wurden sämtliche behördliche und private Eingaben berücksichtigt.
- Herr Porath sagt, dass man den Grundstückseigentümer unterstützen sollte. Die Fläche ist verplant und wird nicht verkauft. Sodass eine Kita entstehen kann.
- Herr Kosicki meint, der Abwägungsbeschluss könnte gefasst werden, unter der Maßgabe, dass der Städtebauliche Vertrag entsprechend überarbeitet wird.
- Frau Schuster hält es für fahrlässig, dass junge Menschen hier Häuser bauen und keinen Kitaplatz bekommen. Die Existenz dieser Menschen ist gefährdet. Zuerst muss eine Kita gebaut werden, dann die Häuser.
- Herr Porath gibt (nach Rücksprache mit dem Grundstückseigentümer) an, dass in dem bereits neu bebauten Wohngebiet nur 6 Kitakinder wohnen. Es sind also nicht so viele.

- Herr Lehmann erläutert, dass der Abwägungsbeschluss gefasst wird, um den nächsten Schritt machen zu können. Der Städtebauliche Vertrag ist das Entscheidende. Es muss geguckt werden, ob die Kitaplätze benötigt werden.
- Herr Broshog sagt, dass dies heute beim Städte- und Gemeindebund diskutiert wurde. Fazit war, dass hier nachgezogen werden muss. Entsprechende Flächen müssen sichergestellt werden.
- Herr Kosicki beruft sich auf die Abwägungsvorschläge Seite 27.
- Herr Pehnert rügt die pauschale Beschlussmethode. Er verweist darauf, dass es einzelne Punkte gibt, die abzuwägen sind und lediglich Vorschläge im Protokoll zu finden sind. Nach seiner Aussage wurden auch im Bauausschuss die Punkte nicht einzeln behandelt.
- Herr Broshog erwidert daraufhin: "Dann müssten wir ja für jeden Punkt einen Beschluss fassen."
- Herr Reetz informiert, dass über jeden einzelnen Punkt abgestimmt werden kann oder im Gesamten.
- Frau Bley bestätigt, dass es üblich ist, im Block abzustimmen, ohne einzeln auf die Punkte einzugehen.
- Herr Lehmann spricht sich für eine Blockabstimmung aus, da unter jedem Einwand die Begründung aufgeführt ist.
- Herr Broshog meint, dass die UWG dies hätte im Bauausschuss bereits ansprechen müssen.
- Herr Reetz erklärt nochmals, dass dies alles über den Städtebaulichen Vertrag geregelt werden kann.
- Herr Kosicki fordert eine namentliche Abstimmung.

Beschluss 59/06/2019

Die Gemeindevertretung beschließt:

Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum 1. Entwurf des Bebauungsplanes 18-01 „Rehagener Bahnhostraße“ im OT Rehagen werden zur Kenntnis genommen.

Das „Abwägungsprotokoll (Beteiligung der Öffentlichkeit durch Offenlage in der Zeit vom 15.07.2019-16.08.2019 sowie der Behörden und sonstigen TÖB mit Schreiben vom 07.06.2019)“ mit Stand vom 04.10.2019 wird gebilligt.

Ja-Stimmen

Broshog
Daske
Elsner
Koch
Kosicki
Kruppa
Lehmann
Porath
Schulze
Tscherwinka
Weigt
Wildenhein

Nein-Stimmen

Pehnert
Schuster

Enthaltungen

Borkowski
Hänsel
Röske

Abstimmungsverhältnis:	12	Ja-Stimmen	
	2	Nein-Stimmen	
	3	Enthaltungen	angenommen

Zu 8. BSV 28/06/2019 - B-Plan Nr. 19-01 „Wohnpark am Mellensee“ im OT Mellensee - Aufstellungsbeschluss

- Herr Weigt informiert, dass sich der Bauausschuss für eine Zustimmung ausspricht.
- Herr Röske erfragt, was mit dem Holzhaus auf dem Grundstück passiert.
 - Herr Reetz antwortet, dass die Entscheidung beim Denkmalschutz liegt. Es wird ein Gutachten erstellt, welche Maßnahmen zumutbar sind, um das Haus zu erhalten. Der Investor hat den Abriss beantragt.

Beschluss 60/06/2019

Die Gemeindevertretung beschließt:

Für den räumlichen Geltungsbereich zwischen

- den Wald- und Landwirtschaftsflächen im Nordwesten bis Nordosten mit der Bahnlinie Zossen-Sperenberg,
- den zum Teil gemischt genutzten Siedlungsflächen des Ortsteils Mellensee im Osten und Westen und

- der Bahnhofsallee / Landesstraße (L) 791 im Süden

bestehend aus folgenden Flurstücke der Flur 1 in der Gemarkung Mellensee

dem ehemaligen Bahngelände-Flurstück 424 (teilweise), den Vorhabenträgerin-Flurstücken 500, 503, 504 (teilweise), 511 (teilweise), 513 (teilweise), 516, 517, 518, 519, dem Straßenflurstück 523 (teilweise, Bahnhofsallee), den für den Ausbau der Bahnhofsallee erforderlichen, nördlich angrenzenden privaten Vorgartenbereiche der Flurstücke 515, 520 bis 522 (alle teilweise) sowie den straßenbegleitenden Flurstücken 524, 525 und 526 (teilweise)

wird ein Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a des Baugesetzbuches (BauGB) und somit im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 2 und 3 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt. Der Bebauungsplan wird im zweistufigen Beteiligungsverfahren mit der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB und mit der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 2 BauGB sowie der berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB aufgestellt.

Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 4,2 ha. Die Lage des Plangebietes ist im beigefügten Kartenausschnitt dargestellt (Anlage 01).

Planungsanlass, Erforderlichkeit, Planungsziel und die rechtlichen Voraussetzungen sind der Anlage 02 zu entnehmen.

Der Bebauungsplan erhält die Nr. 19-01 und den Titel "Wohnpark am Mellensee".

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich öffentlich bekanntzumachen.

Abstimmungsverhältnis:	16	Ja-Stimmen	
	0	Nein-Stimmen	
	1	Enthaltungen	angenommen

Zu 9. BSV 29/06/2019 - B-Plan Nr. 19-02 „Küsterweg Ost“ im OT Sperenberg - Aufstellungsbeschluss

Herr Hänsel erfragt, ob dies Außenbereich sei.

Herr Reetz bejaht dies.

Herr Porath gibt an, dass der Ortsbeirat Sperenberg die Zustimmung befürwortet.

Beschluss 61/06/2019

Die Gemeindevertretung beschließt:

Für den räumlichen Geltungsbereich zwischen

- im Nordosten: Flurstück 512, Schneidegraben (wasserführend), dahinter liegende Wiesen
- im Nordwesten: Flurstück 37, Wiesenfläche, landwirtschaftlich genutzt
- im Südosten: Flurstück 509, Küsterweg und Siedlungsbebauung
- im Südwesten: Flurstück 511, Wiesenfläche, unbefestigter Weg Richtung Trebbiner Straße bestehend aus Flurstück 510 und 509 tlw. (Küsterweg) der Flur 5 in der Gemarkung Sperenberg wird ein Bebauungsplan gemäß § 13b des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt.

Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 4315m².

Der Bebauungsplan erhält die Nr. 19-02 und den Titel "Küsterweg Ost".

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich öffentlich bekanntzumachen.

Abstimmungsverhältnis:	17	Ja-Stimmen	
	0	Nein-Stimmen	
	0	Enthaltungen	angenommen

Zu 10. BSV 30/06/2019 - Erweiterung der Tempo-30-Zone im OT Kummersdorf-Gut
Herr Weigt gibt an, dass sich der Bauausschuss dafür ausspricht.

Beschluss 62/06/2019

Die Gemeindevertretung beschließt, die bestehende Tempo-30-Zone im OT Kummersdorf-Gut um den Bereich der Straße „Zum Königsgraben“ zu erweitern.

Abstimmungsverhältnis:	17	Ja-Stimmen	
	0	Nein-Stimmen	
	0	Enthaltungen	angenommen

Zu 11. Antrag der Fraktion UWG/ LV B90/ Die Grünen/ BI Am Mellensee - Erstellung Maßnahmenplan inkl. Zeitplan zum Digitalpakt

- Herr Kosicki sagt, dass verschiedene Maßnahmen getroffen werden müssen um die Gelder zu bekommen.
- Herr Lehmann äußert, dass die Medienpläne der Schulen Grundlage sind. Diese müssen vom Staatlichen Schulamt genehmigt werden.
- Frau Schuster sieht die Problematik, dass man nicht vorankommt. Die Gemeinde ist verantwortlich. Die Schulen müssen ihrer Bringepflicht nachkommen, nicht dass Fristen verstreichen.
- Herr Broshog kann die Sorgen verstehen. Das Schulamt gibt Fristen für die Schulen vor. Es kann zwar ein Plan aufgestellt werden, dieser ist gegenüber den Lehrern nicht durchsetzbar.
- Frau Richter ergänzt, dass fast wöchentlich Gespräche stattfinden. Ein Beschluss übt nur Druck auf die Verwaltung, nicht auf die Schulen aus.
- Herr Broshog informiert, dass auch eine Änderung des Stellenplanes erfolgen muss, auf Grund des Digitalpaktes. Eine entsprechende BSV kommt.
- Herr Pehnert sagt, dass es um einen Plan geht, ab wann es nicht mehr geschafft werden kann.
- Herr Kosicki meint, dass sie informiert werden wollen, z. B. mittels einer A4 Seite, die monatlich aktualisiert wird. Das sei kein großer Aufwand. Es geht hier um die Kontrolle der Verwaltung.
- Herr Lehmann sagt, dass Kontrolle ausgeübt werden kann, aber schriftliche Stellungnahmen sind zu viel. Berichten im Ausschuss reicht aus. Die Frage ist, ob alle Gegebenheiten vorhanden sind, wie z. B. WLAN in allen Räumen.
- Herr Broshog sagt, man sieht dass noch nicht alle Punkte geklärt sind. Wann welche Ausschreibung erfolgt, technische Voraussetzungen etc., kann noch niemand beantworten.

Herr Lehmann beantragt für die Fraktion der CDU, den Antrag dahingehend zu ändern, dass der BSK-Ausschuss und die Gemeindevertretung einmal monatlich zu unterrichten sind.

Beschluss 63/06/2019

Die Gemeindevertretung beschließt den Antrag dahingehend zu ändern, dass der BSK-Ausschuss und die Gemeindevertretung einmal monatlich zu unterrichten sind.

Abstimmungsverhältnis:	6	Ja-Stimmen	
	9	Nein-Stimmen	
	2	Enthaltungen	abgelehnt

Beschluss 64/06/2019

Die Gemeindevertretung beschließt, dass die Verwaltung einen Maßnahmenplan mit Zeitplan zur Information, Planung, Entscheidung, Ausschreibung, Ausführung und Bewertung zur Einführung / Umsetzung des DigitalPaktes an beiden Schulstandorten der Gemeinde Am Mellensee bis zum 6.12.2019 verbindlich anfertigt.

Die Maßnahmen werden seitens der Verwaltung in jedem BSK- Ausschuss schriftlich mitgeteilt, vorgestellt und bei Bedarf diskutiert, der Ausschuss unterrichtet die weiteren Gemeindevertreter innerhalb von 5 Werktagen nach der Sitzung per Mail über den aktuellen Stand. Der Maßnahmenplan inkl. Zeitplan ist den Gemeindevertretern zum oben genannten Termin per Mail zuzustellen.

Abstimmungsverhältnis:	13	Ja-Stimmen	
	3	Nein-Stimmen	
	1	Enthaltungen	angenommen

Zu 12. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

- Frau Kruppa fragt, ob die Gemeinde „Major for peace“ beigetreten ist.
 - Herr Broshog antwortet, dass im Haushalt ein Sachkonto gefunden werden muss, aus dem die Mittel gezahlt werden können, da es sich um eine Spende handelt.
- Frau Kruppa fragt, wann die Veranstaltung bzgl. Kinder- und Jugendbeteiligung geplant ist.
 - Herr Tscherwinka antwortet im Januar.
- Herr Hänsel möchte wissen, ob es Neuigkeiten bzgl. des KFZ-Betriebes in Saalow gibt.
 - Herr Broshog antwortet, dass dies aus Datenschutzgründen an dieser Stelle nicht beantwortet werden kann.
- Herr Hänsel erfragt bzgl. des geplanten Campingplatzes, ob ein Investor oder die Gemeinde als Betreiber forciert wird.
 - Herr Broshog sagt, dass es alles private Grundstücke sind und ein Investor erforderlich ist.
- Herr Elsner hätte gern die Möglichkeit geprüft, die Bushaltestelle am alten „Rewe“ umzusetzen zum neuen „Rewe“. Ähnlich ist das Problem in Mellensee bei „NP“ gelagert.
 - Herr Broshog sieht hier ein Platz-Problem.
 - Herr Weigt ergänzt, dass der Landkreis den Antrag bzgl. der Haltestelle bei „NP“ abgelehnt hat.
- Herr Koch erfragt den Stand bzgl. der neuen Gebietskarte.
 - Herr Broshog informiert, dass mit dem Verlag ein erstes Gespräch geführt wurde.
- Frau Schuster erfragt den Stand bzgl. des Sandberges in Sperenberg.
 - Herr Reetz gibt an, dass erst die Bäume gefällt werden müssen, dann wird der Sandberg entfernt.

- Frau Schuster möchte wissen, ob es neue Erkenntnisse bzgl. der Legionellen gibt.
 - Herr Reetz äußert, dass der Landkreis entscheidet, ob sie hier prüfen oder ob dies die Gemeinde tun kann.
- Frau Schuster fragt, ob Interesse daran besteht Container aufzustellen wegen dem Kitaplatzmangel.
 - Herr Broshog möchte vom Grundsatz lieber eine neue Kita bauen. Sollten dann in der Gemeinde zu viele Plätze bestehen, könnte eine alte Kita geschlossen werden.
 - Frau Schulze meint, dass die Plätze aber jetzt benötigt werden, nicht erst in einigen Jahren.
 - Herr Broshog merkt an, dass dieses Thema vor 4 Jahren begonnen wurde, seitens der Verwaltung. Jetzt soll das alles nicht mehr wahr sein.
- Herr Röske sagt, dass sich e.dis anbietet für Elektromobilität etc.
 - Herr Broshog sagt, dass die Gemeinde Anteilseigner ist. Die Zusammenarbeit ist schon einige Male erfolgt. Das Thema wurde bereits besprochen. Die Verwaltung muss hier eine Ausschreibung tätigen.

Zu 13. Sonstiges

Herr Broshog gibt die neuesten Erkenntnisse bzgl. des Radweges Kummersdorf-Gut bekannt. Der BUND gibt gegenüber dem Gericht seine Willensbekundung nicht ab.

- Herr Röske fragt, ob man sich mit dem BUND ins Benehmen setzen kann.
- Herr Broshog gibt an, dass der BUND seit August mehrfach aufgefordert wurde.

04.12.2019



M. Tscherwinka
Vors. d. Gemeindevertretung



D. Malke
Schriftführerin